

## Vorwort

In Deutschland waren in den Jahren 2003 und 2004 jeweils mehrere tausend<sup>1</sup> Gründungen einer *limited* (genauer: *private company limited by shares*) zu verzeichnen. Dies ist ein beachtlicher Teil aller GmbH-Neugründungen in Deutschland – Tendenz steigend. Waren es einst Vorrats-GmbHs, die im Anzeigenteil deutscher Wirtschaftszeitungen zahlreich angeboten wurden, finden sich neuerdings immer mehr Angebote von Dienstleistern, die sich auf das Geschäft mit der *limited* spezialisieren. Die GmbH als einstiger „Exportschlager“ gerät nun durch die Konkurrenz aus Großbritannien unter Druck. Wer den Wirtschaftsteil der Tagespresse in jüngster Vergangenheit aufmerksam verfolgt hat, wird um diesen Trend und gegebenenfalls um den Hintergrund, nämlich die zunehmend liberalere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), wissen. Die Konsequenzen aus dieser Rechtsprechung, d.h. das Ermöglichen der Nutzung anderer europäischer Rechtsformen insbesondere an Stelle der deutschen GmbH oder AG, deuten sich bereits aufgrund der zahlreichen Angebote immer neuer Dienstleister zur Gründung einer *limited*<sup>2</sup>, aber auch der sich häufenden Gerichtsurteile, die den Zuzug von *limiteds* betreffen<sup>3</sup>, an. Ein weiterer Bereich hat in jüngster Vergangenheit ebenfalls

---

<sup>1</sup> Die von einzelnen Interessengruppen genannten Zahlen differieren stark. Wieviele *limiteds* tatsächlich in bzw. aus Deutschland gegründet wurden, lässt sich nicht sicher nachvollziehen.

<sup>2</sup> Vgl. z.B. folgende online-Angebote [www.be-inspired.de](http://www.be-inspired.de), [www.go-limited.de](http://www.go-limited.de), [www.limited4you.net](http://www.limited4you.net), [www.Limited24.de](http://www.Limited24.de), [www.firmfactory.de](http://www.firmfactory.de), [www.Energize-Consulting.de](http://www.Energize-Consulting.de), [www.limited-services.com](http://www.limited-services.com), [www.GMBH-LIMITED.de](http://www.GMBH-LIMITED.de), [www.adcomp.de](http://www.adcomp.de), [www.Londoncitylink.com](http://www.Londoncitylink.com), [www.centrum-uk.com](http://www.centrum-uk.com); [www.tschuessdeutschland.de](http://www.tschuessdeutschland.de); [www.euro-limited.de](http://www.euro-limited.de), [www.eu-gmbh.de](http://www.eu-gmbh.de), [www.worldwide-formation.com](http://www.worldwide-formation.com). Sogar ein „Interessenverband Limited in Deutschland“ hat sich mittlerweile unter [www.ivlid.de](http://www.ivlid.de) gegründet.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. *BayObLG* vom 21. 3. 1986, NJW 1986, 3029; *OLG Oldenburg* vom 4. 4. 1989, NJW 1990, 1422; *OLG Frankfurt* vom 23. 06. 1999, GmbHR 1999, 1254; *LG Potsdam* vom 30. 9. 1999, ZIP 1999, 2021; *OGH* vom 15. 7. 1999, NZG 2000, 36; *LG Frankenthal* vom 6. 12. 2002, GmbHR 2003, 300; *BayObLG* vom 19. 12. 2002, NZG 2003, 290; *OLG Zweibrücken* vom 26. 3. 2003, ZIP 2003, 849 = BB 2003, 864 = DB 2003, 1264; *LG Trier* vom 3. 4. 2003, NZG 2003, 778; *AG Hamburg* vom 14. 5. 2003, NZG 2003, 733; *LG Hannover* vom 2. 7. 2003, NZG 2003, 1072; *AG Duisburg* vom 12. 9. 2003, NZG 2003, 1072; *KG* vom 18. 11. 2003, NZG 2004, 49; *LG Berlin* vom 22. 6. 2004, GmbHR 2004, 1227 = NZG 2004, 1014 = DB 2004, 2628; *FG Rheinland Pfalz* vom 22. 6. 2004, GmbHR 2004, 1409; *LG Bielefeld* vom 8. 7. 2004, GmbHR 2005, 98; *LG Freiburg* vom 27. 7. 2004, NZG 2004, 1170 = NJW-Spezial 2004, 367; *LG Freiburg* vom 22. 7. 2004, ZIP 2005, 84.

auf sich aufmerksam gemacht. Gemeint ist die parallel zu den Rechtsformen aus anderen EU-Ländern sich ergebende Möglichkeit, sein Unternehmen in einer neuen europäischen Rechtsform zu führen, der sog. Europäischen Gesellschaft bzw. Europäischen Aktiengesellschaft (*Societas Europaea*). Die dieser neuen Rechtsform zugrunde liegenden gemeinschaftsrechtlichen Rechtsakte sind im Oktober 2004 in Kraft getreten und seit kurzem im deutschen Recht verankert. Flankierend kommt die von Brüssel geplante zeitnahe Verabschiedung einer Richtlinie für grenzüberschreitende Unternehmensfusionen sowie einer Richtlinie für grenzüberschreitende Unternehmenssitzverlegungen hinzu.

Diese neue Entwicklung bietet für Unternehmen neue Gestaltungsmöglichkeiten, wirft aber auch vielfältige Rechtsfragen auf. So dürfte bereits weniger oder gar nicht bekannt sein, welche weiteren praxisrelevanten ausländischen Rechtsformen neben der *limited* dem Unternehmer in Deutschland zur Verfügung stehen, wie z.B. die niederländische *Besloten Vennootschap* (BV) oder die französische *société à responsabilité limitée* (SARL). Von praktischem Interesse wird hier insbesondere sein, wie die wesentlichen Vor- und Nachteile solcher konkurrierender ausländischen Rechtsformen im Vergleich zu den deutschen Rechtsformen GmbH und AG aussehen. Gleiches gilt für die sich daran anknüpfenden Fragen, welche Gestaltungsmöglichkeiten sich für den „Weg in die ausländische Rechtsform“ bieten und welchen Regelungen die ausländische Rechtsform in Deutschland unterliegt.

Dass die Antwort auf diese und ähnliche Fragen auf Seiten der Unternehmer in der Regel nicht bekannt sein dürfte, muss nicht verwundern. Selbst unter den Beratern – sei es in der täglichen Praxis oder in der aktuellen Literatur – ist noch häufig die Beschränkung auf die rein deutschen Rechtsformen anzutreffen, wenn es um die Frage nach der Wahl der optimalen Rechtsform geht. Unternehmer in Deutschland kann ein solch beschränkter Beratungsansatz jedoch zukünftig nicht mehr zufrieden stellen. Was sie und ihre Berater brauchen, ist ein fundierter Überblick über die Möglichkeiten ihres unternehmerischen Tätigwerdens im Hinblick auf die neuen ausländischen und europäischen Gesellschaftsformen sowie deren Vor- und Nachteile im Vergleich zur wohlbekannten deutschen GmbH bzw. AG.

Hier setzen die Verfasser an. Mit dem vorliegenden Werk möchten sie im Hinblick auf praxisrelevante Auslandsgesellschaften (*Ltd.*, *plc*, *NV*, *BV*, *SA*, *SARL*, *Delaware Corporation*) Antworten auf ausgewählte Fragen, insbesondere nach den wesentlichen Vor- und Nachteilen und damit

Entscheidungshilfen für die richtige Wahl geben. Ergänzt wird der Vergleich der deutschen Rechtsformen mit der ausländischen Konkurrenz durch eine Übersicht über die Europäische Gesellschaft in Abgrenzung zu weiteren Rechtsformalternativen auf Ebene der Europäischen Union nebst flankierenden europarechtlichen Sekundärmaßnahmen. Zum besseren Verständnis des Wettbewerbs der ausländischen Gesellschaftsformen mit der deutschen GmbH und AG wird in einem einführenden Grundlagenteil die Prüfungssystematik im deutschen internationalen Gesellschaftsrecht zur Behandlung ausländischer Gesellschaften (Gründungstheorie, Sitztheorie, Staatsverträge, EU-Recht) erläutert. Insbesondere die für die Behandlung von Auslandsgesellschaften bahnbrechende Rechtsprechung des EuGH mit den daraus folgenden Konsequenzen verdient hierbei besonders dargestellt zu werden.

Im Aufbau folgt das Buch damit der Fragenfolge: was ist Anlass für den Wettbewerb der Gesellschaftsformen? (Kapitel I.), wer sind die praxisrelevanten ausländischen Wettbewerber von GmbH und AG und wie sind sie ausgestaltet? (Kapitel II.), wer sind die europäischen Wettbewerber? (Kapitel III.), welches sind die Vor- und Nachteile der konkurrierenden Rechtsformen im Vergleich zur GmbH und AG und wie sieht der Weg in eine ausländische Gesellschaft für ein deutsches Unternehmen aus? (Kapitel IV.).

Unser Buch ist ein Praxishandbuch. Es richtet sich gleichermaßen an Unternehmer wie an deren rechtliche und sonstige Berater. Die Verfasser haben auf eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den zahlreichen dogmatischen Fragen, die sich im Hinblick auf das Thema ergeben, verzichtet, um die Praxistauglichkeit des Werkes nicht zu beeinträchtigen. Im Vordergrund steht die Darstellung der Ergebnisse, die aktuell im Hinblick auf das Thema festzumachen sind, die Erläuterung der wichtigsten Aspekte der hier behandelten ausländischen Gesellschaftsformen aus gesellschafts-, steuer- und arbeitsrechtlicher Sicht sowie die Herausarbeitung der wesentlichen Vor- und Nachteile der ausländischen Konkurrenzformen. Unternehmer wie Berater sollen in ihrer täglichen Praxis schnell auf diese Informationen zurückgreifen können. Wer die angeschnittenen Komplexe wissenschaftlich vertiefen möchte, findet spezielle Literatur zu Beginn der jeweiligen Kapitel.

Rechtsprechung und Literatur sind bis einschließlich Januar 2005 berücksichtigt. Bei Drucklegung des Werkes lag der lang erwartete Referentenentwurf einer Reform des deutschen GmbH-Gesetzes der Bundesregierung noch nicht vor. Der Entwurf wird jedoch aller Wahrscheinlichkeit

nach insbesondere eine Absenkung des Mindeststammkapitals vorsehen. Bleibt die Reform – wie wohl zu erwarten ist – im Wesentlichen auf diese Maßnahme beschränkt, wäre sie jedoch eine Enttäuschung, denn die Höhe des Mindeststammkapitals alleine bildet nur einen Aspekt von vielen im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der GmbH. Beispielsweise wären die vielfältigen Probleme in den Bereichen verdeckte Sacheinlagen, verdeckte Einlagenrückgewähr, eigenkapitalersetzende Gesellschafterdarlehen und insbesondere Zulässigkeit des Wegzugs deutscher Gesellschaften damit nicht gelöst.

Abschließend möchten wir allen herzlich danken, die uns bei der Erstellung dieses Werkes unterstützt haben. Unser besonderer Dank gilt hierbei den Anwälten Herrn Sylvain Francois Tongas, Paris, Herrn John DeFren, New York, Herrn Iskandar Lalisang, Amsterdam, und Herrn Neil MacLennan, Edinburgh, für die unverzichtbare Hilfe bei den betreffenden ausländischen Gesellschaftsformen, sowie ferner den Referendaren Frau Julia Kominek und Herrn Jonathan Ruff sowie Herrn stud. iur. Jonas Knetsch für ihre tatkräftige Unterstützung.

Bremen und Köln im Januar 2005

Die Verfasser

## Geleitwort

Die Verfasser des Buches „Wettbewerb der Gesellschaftsformen“ leisten mit diesem Werk einen wichtigen Beitrag zur Information über die Möglichkeiten nicht nur der Gründung von Gesellschaften in einem anderen Mitgliedstaat, sondern auch der Verlegung des Sitzes in einen anderen Mitgliedstaat der Gemeinschaft. Sie befassen sich ausführlich mit den Voraussetzungen für solche Gründungen und zeigen zugleich die gesellschaftsrechtlichen, arbeitsrechtlichen und steuerrechtlichen Auswirkungen auf. Die Vergleiche der verschiedenen Gesellschaftsformen lassen auch die jeweiligen Vor- und Nachteile der Modelle erkennen. Das sowohl rechtswissenschaftlich fundierte wie auch praxisorientierte Buch schließt insoweit eine große Lücke, als es Kenntnisse über eine Materie vermittelt, die in der dargebotenen Fülle bislang nur wenigen bekannt sein dürften. Das Werk verdeutlicht konkret die grenzüberschreitenden Möglichkeiten, die der Binnenmarkt auch im Bereich des Gesellschaftsrechts eröffnet.

Zu diesem Markt heißt es in Art. 14 Abs. 2 EGV: „Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gemäß den Bestimmungen dieses Vertrags [gemeint ist der EG-Vertrag] gewährleistet ist“. Diesen vier Grundfreiheiten bzw. Freizügigkeiten kommt ein hoher Stellenwert zu. Dies gilt auch für die Niederlassungsfreiheit als einem Unterfall der Personenfreizügigkeit. Gemäß Art. 43 EGV sind deshalb Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaates verboten, wenn für die Beschränkungen keine – eng auszulegenden – Rechtfertigungsgründe vorliegen. Das gleiche gilt nach derselben Bestimmung „für Beschränkungen der Gründung von Agenturen, Zweigniederlassungen oder Tochtergesellschaften durch Angehörige eines Mitgliedstaates [...]“.

In Art. 48 EGV ist desweiteren gesagt, dass die Anwendung des Kapitels über die Niederlassungsfreiheit „Gesellschaften, die ihren satzungsmäßigen Sitz, ihre Hauptverwaltung oder ihre Hauptniederlassung innerhalb der Gemeinschaft haben, den natürlichen Personen gleich[stehen], die Angehörige der Mitgliedsstaaten sind“.

Aufgrund dieser Möglichkeiten, bestätigt und konkretisiert durch die Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften

(EuGH), machen inzwischen auch viele von der Gründung einer Gesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat der Gemeinschaft Gebrauch, zumal sie sich – gestützt durch die Festlegung des EuGH auf die Gründungstheorie – gewisse Vorteile davon versprechen. In vielen, nicht unbedingt seriösen Zeitungsannoncen werden bereits Hilfestellungen und Vermittlungen zur Gründung beispielsweise – vor allem um Mindestkapital zu sparen – einer Ltd. in Großbritannien angepriesen. Nötig ist jedoch – gerade um unseriöse Entwicklungen zu verhindern – eine Handreichung für die Praxis, die sich auf rechtlich fundierte Feststellungen stützt, die die Rechtsprechung des EuGH auf diesem Gebiet wiedergibt und die die Vor- und Nachteile der verschiedenen Modelle konkret aufzeigt. Diesem Anliegen wird das Buch bestens gerecht.

In ihm werden auch die relevanten Urteile – *Daily Mail* zum Wegzug einer Gesellschaft sowie die Rechtssachen *Centros*, *Überseering* und *Inspire Art* zum Zuzug einer Gesellschaft ausführlich kommentiert. Diese Urteile sind wegweisend für die grenzüberschreitende Ausübung der Niederlassungsfreiheit geworden. Dem EuGH wurde in diesem Zusammenhang vorgeworfen, er betreibe mit seiner Rechtsprechung im Hinblick auf das Gesellschaftsrecht eine Harmonisierung durch die Hintertür und dies noch – „run to the bottom“ ist das Stichwort – auf niedrigstem Niveau. Zwar untersagt der Gerichtshof eine missbräuchliche oder gar betrügerische Berufung auf die Grundfreiheiten, die allerdings konkret nachgewiesen werden muss. Im Übrigen hat er aber in der Rdnr. 27 des Urteils vom 9. März 1999 in der Rs C-212/97, (*Centros*, Slg. 1999, I-1459) festgehalten, dass „es für sich allein keine missbräuchliche Ausnutzung des Niederlassungsrechts darstellen [kann], wenn ein Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats, der eine Gesellschaft gründen möchte, diese in dem Mitgliedstaat errichtet, dessen gesellschaftsrechtliche Vorschriften ihm die größte Freiheit lassen, und in anderen Mitgliedstaaten Zweigniederlassungen gründet [...]“. Im Urteil vom 30. September 2003 in der Rs C-167/01 (*Inspire Art*, Slg. 2003, I-10155) hat der Gerichtshof in der Ziffer 2 des Urteilstenors für Recht erkannt, dass die Artt. 43 und 48 EGV einer Regelung eines Mitgliedstaats entgegenstehen, „die die Ausübung der Freiheit zur Errichtung einer Zweigniederlassung in diesem Staat durch eine nach dem Recht eines anderen Mitgliedstaats gegründete Gesellschaft von bestimmten Voraussetzungen abhängig macht, die im innerstaatlichen Recht für die Gründung von Gesellschaften [...] vorgesehen sind [...]“. Dies bedeutet, dass das Gesellschaftsstatut im Staat der Zweigniederlassung so anzuerkennen ist, wie es den Erfordernissen im Mitgliedstaat, in dem die Gesellschaft gegründet worden ist, entspricht. Daraus können sich dogmatisch gesehen – auch im Hinblick etwa auf die Mitbestimmung – weit reichende Folge-

rungen ergeben. Wenn die Mitgliedstaaten unliebsame Ergebnisse verhindern wollen, sollen sie endlich darauf drängen, dass gemäß Art. 94 EGV die entsprechenden mitgliedstaatlichen Vorschriften angeglichen werden. Bis es insoweit aber zu einer Angleichung der Rechtsvorschriften kommen wird – was politisch nicht leicht zu erreichen sein wird –, werden in der Praxis sicher alle sich ergebenden, vorteilhafteren Möglichkeiten ausgeschöpft. Für die seriöse und rechtlich saubere Ausgestaltung dieser Möglichkeiten ist das vorliegende Buch eine reiche Fundgrube und eine unentbehrliche Hilfe.

Stuttgart, im Februar 2005

Prof. Siegbert Alber,  
Generalanwalt am EuGH a.D.

# Inhaltsverzeichnis

	Seite	Randnummer
Vorwort .....	5	
Geleitwort .....	9	
Abkürzungsverzeichnis .....	23	
<b>I. Prüfungsmaßstäbe bei ausländischen Gesellschaften in Deutschland .....</b>	<b>25</b>	<b>1</b>
1. Deutsches Internationales Gesellschaftsrecht .....	27	1
a) Ausgangspunkt: Ermittlung des Gesellschaftsstatuts .....	27	1
b) Prüfungsmaßstab: Gründungstheorie oder Sitztheorie .....	29	4
aa) Gründungstheorie .....	29	4
bb) Sitztheorie .....	30	5
c) Prüfungsmaßstab: kollisionsrechtliche Regelungen in Staatsverträgen .....	31	6
aa) Staatsverträge mit Nicht-Mitgliedstaaten der EG .....	31	7
bb) Staatsverträge mit Mitgliedstaaten der EG ..	34	10
d) Prüfungsmaßstab: kollisionsrechtliche Regelungen auf europäischer Ebene .....	34	11
aa) Scheitern des EWG-Übereinkommen vom 29. Februar 1968 .....	35	12
bb) Scheitern des Haager Abkommen vom 31. Oktober 1951 .....	35	13
cc) Angleichungen nur materiellen Rechts auf europäischer Ebene .....	35	14
dd) Fehlende ausdrückliche Kollisionsregelungen im Primärrecht .....	36	15
2. Europäische Vorgaben und deutsche Reaktion .....	37	15
a) Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes ..	37	16
aa) Rechtssache Daily Mail and General Trust Plc – Urteil vom 27. September 1988 .....	37	16
(1) Sachverhalt .....	38	16
(2) Entscheidung des EuGH .....	39	17
(3) Konsequenzen für die Praxis .....	39	18
		13



	Seite	Randnummer
(a) Beschränkung des Wegzugs bei Verlegung des effektiven Verwaltungssitzes.....	39	18
(b) Beschränkung des Wegzugs bei Verlegung des Satzungssitzes.....	40	19
(c) Wettbewerbsnachteil für deutsche GmbH und AG.....	40	20
bb) Rechtssache Centros Ltd. – Urteil vom 9. März 1999 .....	42	22
(1) Sachverhalt .....	44	22
(2) Entscheidung des EuGH.....	44	23
(3) Konsequenzen für die Praxis .....	45	24
(a) Zuzug statt Wegzug.....	45	24
(b) Offene Fragen .....	47	25
cc) Rechtssache Überseering BV – Urteil vom 5. November 2002 .....	47	26
(1) Sachverhalt .....	48	26
(2) Entscheidung des EuGH.....	49	27
(3) Konsequenzen für die Praxis .....	51	29
(a) Niederlassungsfreiheit als Freiheit der Rechtswahl.....	51	29
(b) Grundsätzliche Fortgeltung des Gesellschaftsstatuts der Auslands-gesellschaft .....	51	30
dd) Rechtssache Inspire Art Ltd. – Urteil vom 30. September 2003.....	52	31
(1) Sachverhalt .....	54	31
(2) Entscheidung des EuGH.....	55	34
(3) Konsequenzen für die Praxis .....	57	36
(a) Begrenzter Spielraum zur Anwen-dung nationaler Schutzvorschriften..	57	36
(b) Gegenwärtige Unsicherheit in deutscher Rechtsanwendung .....	58	38
b) Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes.....	59	40
aa) II. Zivilsenat – BGH-Urteil vom 1. Juli 2002 .....	59	40
(1) Sachverhalt .....	60	40
(2) Entscheidung des BGH.....	60	41
(3) Konsequenzen für die Praxis .....	60	42
(a) Anerkennung von Scheinauslands-gesellschaften als Personengesell-schaften .....	60	42

	Seite	Randnummer
(b) Keine Relevanz für Gesellschaften aus EU-Mitgliedstaaten . . . . .	61	43
bb) VII. Zivilsenat – BGH-Urteil vom 13. März 2003 . . . . .	62	44
(1) Sachverhalt . . . . .	62	44
(2) Entscheidung des BGH . . . . .	62	45
(3) Konsequenzen für die Praxis . . . . .	63	46
c) Drittstaaten-Sachverhalte . . . . .	64	47
3. Zusammenfassung der EuGH- und BGH-Recht- sprechung . . . . .	64	48
<b>II. Praxisrelevante Wettbewerber von GmbH     und AG . . . . .</b>	69	1
1. Einleitung . . . . .	71	1
2. Deutsche Gesellschaftsformen . . . . .	72	3
a) Gesellschaftsrecht . . . . .	72	3
aa) Gründung . . . . .	73	4
(1) Gesellschaft mit beschränkter Haftung. .	73	4
(2) Aktiengesellschaft . . . . .	75	8
(3) Exkurs: Vorratsgesellschaften. . . . .	77	13
bb) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung. .	79	15
(1) GmbH. . . . .	79	16
(2) Aktiengesellschaft . . . . .	83	21
cc) Organe. . . . .	85	25
dd) Organhaftung . . . . .	85	26
(1) Haftung der Gesellschafter. . . . .	85	26
(2) Haftung der Geschäftsführer. . . . .	86	28
(3) Haftung der Mitglieder des Aufsichtsrats	87	30
ee) Minderheitenschutz . . . . .	87	31
ff) Übertragung von Anteilen . . . . .	88	33
b) Arbeitsrecht . . . . .	89	35
aa) Unternehmensmitbestimmung . . . . .	90	36
(1) Mitbestimmungsgesetz 1976. . . . .	91	37
(2) Drittelbeteiligungsgesetz. . . . .	92	40
bb) Gewerkschaftliche Interessenvertretung . . .	93	41
cc) Betriebliche Interessenvertretung. . . . .	93	42
c) Steuerrecht . . . . .	94	44
aa) Körperschaftsteuer. . . . .	94	44
bb) Gewerbesteuer . . . . .	96	47
3. Gesellschaftsformen in Großbritannien . . . . .	96	48
a) Gesellschaftsrecht . . . . .	99	51

	Seite	Randnummer
aa) Gründung .....	99	51
(1) Private Company Limited by Shares....	99	51
(a) Memorandum of Association und Articles of Association .....	99	51
(b) Pflichtangaben im Memorandum of Association .....	100	53
(c) Kapitalstruktur .....	101	54
(d) Classes of Shares .....	102	55
(e) Formalia bei der Handelsregister- anmeldung .....	103	56
(f) Vorgesellschaft, Wirkung der Han- delsregistereintragung .....	104	57
(2) Public Company Limited by Shares ....	105	58
bb) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung...	106	60
cc) Gesellschaftsorgane .....	109	65
(1) General Meeting .....	109	66
(2) Board of Directors .....	110	68
(3) Company Secretary .....	112	71
dd) Organhaftung .....	112	73
(1) Haftung der Members .....	112	73
(2) Haftung der Directors und Secretaries ..	113	75
ee) Minderheitenschutz .....	115	78
ff) Übertragung von Anteilen .....	115	79
gg) Besonderheiten .....	116	80
(1) Annual return .....	116	80
(2) Sicherheitenregister .....	116	81
b) Arbeitsrecht .....	117	82
aa) Unternehmensmitbestimmung .....	117	83
bb) Gewerkschaftliche Interessenvertretung ....	117	84
cc) Betriebliche Mitbestimmung .....	118	85
c) Steuerrecht .....	119	86
4. Französische Gesellschaftsformen .....	120	88
a) Gesellschaftsrecht .....	121	89
aa) Gründung .....	121	90
(1) Société à responsabilité limitée (SARL)..	121	91
(a) Gründer .....	121	92
(b) Satzung .....	122	93
(c) Stammkapital und Anteile .....	124	96
(d) Bar- und Sachgründung .....	124	97
(e) Anmeldung und Eintragung .....	126	100
(2) Société anonyme (SA) .....	127	102

	Seite	Randnummer
(3) Société par actions simplifiée (SAS) . . . .	129	105
bb) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung . .	129	106
cc) Gesellschaftsorgane . . . . .	131	110
(1) SARL . . . . .	131	110
(2) SA . . . . .	132	112
(a) SA classique . . . . .	132	112
(b) SA dualiste . . . . .	134	114
(3) SAS . . . . .	135	117
dd) Organhaftung . . . . .	135	118
(1) Haftung der Gesellschafter . . . . .	135	118
(2) Haftung der Leitungsorgane . . . . .	136	119
(3) Haftung der Aufsichtsratsmitglieder . . .	137	121
(4) Haftung Dritter . . . . .	137	121
ee) Minderheitenschutz . . . . .	137	122
ff) Übertragung von Anteilen . . . . .	138	123
(1) SARL . . . . .	138	123
(2) SA . . . . .	139	124
(3) SAS . . . . .	139	125
b) Arbeitsrecht . . . . .	140	126
aa) Unternehmensmitbestimmung . . . . .	140	126
(1) SA . . . . .	140	127
(2) SAS . . . . .	141	130
(3) SARL . . . . .	142	130
bb) Gewerkschaftliche Interessenvertretung . . .	142	131
cc) Betriebliche Mitbestimmung . . . . .	143	133
c) Steuerrecht . . . . .	143	134
5. Niederländische Gesellschaftsformen . . . . .	145	136
a) Gesellschaftsrecht . . . . .	146	137
aa) Gründung . . . . .	146	137
bb) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung . .	150	144
cc) Gesellschaftsorgane . . . . .	152	146
(1) Geschäftsführung . . . . .	152	147
(2) Gesellschafterversammlung . . . . .	153	149
(3) Aufsichtsrat . . . . .	154	151
dd) Organhaftung . . . . .	156	153
(1) Gesellschafter . . . . .	156	153
(2) Geschäftsführer und Mitglieder des Aufsichtsrats . . . . .	156	154
ee) Minderheitenschutz . . . . .	158	157
ff) Übertragung von Anteilen . . . . .	159	158
b) Arbeitsrecht . . . . .	160	161

	Seite	Randnummer
aa) Unternehmensmitbestimmung .....	160	162
bb) Gewerkschaftliche Interessenvertretung ....	161	163
cc) Betriebliche Mitbestimmung .....	161	164
c) Steuerrecht .....	163	166
6. Gesellschaftsformen des US-Bundesstaates Delaware	163	167
a) Gesellschaftsrecht .....	165	169
aa) Gründung .....	166	170
(1) Allgemeine Regeln für Corporations....	166	170
(2) Close Corporation .....	169	176
bb) Kapitalaufbringung und Kapitalerhaltung...	170	178
cc) Gesellschaftsorgane .....	172	182
dd) Organhaftung .....	173	185
(1) Haftung der Gesellschafter .....	173	185
(2) Haftung der directors .....	174	186
ee) Minderheitenschutz .....	175	188
ff) Übertragung von Anteilen .....	175	189
b) Arbeitsrecht .....	176	190
aa) Unternehmensmitbestimmung .....	176	191
bb) Gewerkschaftliche/Betriebliche Interessen- vertretung .....	176	192
c) Steuerrecht .....	177	194
<b>III. Europäische Gesellschaftsformen und sekundär- rechtliche Regelungen .....</b>	<b>179</b>	<b>1</b>
1. Überblick .....	181	1
2. Supranationale Pendant zur Aktiengesellschaft und GmbH auf EU-Ebene .....	184	4
a) Europäische Gesellschaft .....	184	5
aa) Stand des Gesetzgebungsverfahrens .....	186	5
bb) Rechtlicher Überblick über die SE .....	187	6
(1) Rechtliche Grundlagen .....	187	6
(2) Gesellschaftsrecht .....	188	8
(a) Gründung .....	188	8
(aa) Gründung einer SE durch Ver- schmelzung .....	189	9
(bb) Gründung einer Holding-SE ...	190	10
(cc) Gründung einer Tochter-SE ...	191	10
(dd) Umwandlung einer bestehenden Aktiengesellschaft in eine SE ...	191	11
(b) Kapitalaufbringung und Kapital- erhaltung .....	191	12

	Seite	Randnummer
(c) Gesellschaftsorgane . . . . .	192	13
(d) Organhaftung . . . . .	194	16
(aa) Haftung der Aktionäre . . . . .	194	16
(bb) Haftung des Leitungsorgans und des Aufsichtsorgans bzw. des Verwaltungsorgans . . . . .	194	17
(e) Minderheitenschutz . . . . .	195	18
(f) Übertragung von Anteilen . . . . .	196	20
(g) Insbesondere: Sitzverlegung . . . . .	197	21
(3) Arbeitsrecht . . . . .	199	24
(a) Unternehmensmitbestimmung . . . . .	199	25
(b) Gewerkschaftliche Interessenver- tretung . . . . .	201	28
(c) Betriebliche Interessenvertretung . . . . .	201	29
(4) Steuerrecht . . . . .	202	31
(a) Besteuerung bei Gründung der SE . . . . .	203	32
(aa) Herausverschmelzung . . . . .	203	33
(bb) Hineinverschmelzung . . . . .	204	35
(cc) Ausländische Verschmelzung mit Inlandsbezug . . . . .	205	36
(b) Laufende Besteuerung der SE . . . . .	205	37
b) Europäische Privatgesellschaft . . . . .	205	38
aa) Stand des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	206	38
bb) Rechtlicher Überblick über die EPG . . . . .	208	40
(1) Rechtliche Grundlagen . . . . .	208	40
(2) Gesellschaftsrecht . . . . .	209	41
(a) Gründung . . . . .	209	41
(b) Kapitalaufbringung und Kapital- erhaltung . . . . .	211	43
(c) Gesellschaftsorgane . . . . .	212	44
(d) Organhaftung . . . . .	213	45
(e) Minderheitenschutz . . . . .	213	46
(f) Übertragung von Anteilen . . . . .	213	47
(g) Insbesondere: Sitzverlegung . . . . .	214	48
(3) Arbeitsrecht . . . . .	214	49
(4) Steuerrecht . . . . .	215	50
3. Abgrenzung von SE und EPG zu weiteren euro- päischen Gesellschaftsformen . . . . .	215	51
a) Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung . . . . .	215	51
b) Europäischer Verein . . . . .	218	53
c) Europäische Gegenseitigkeitsgesellschaft . . . . .	219	54

	Seite	Randnummer
d) Europäische Genossenschaft .....	220	55
e) Europäische Stiftung .....	222	57
4. Sekundärrechtliche Maßnahmen .....	223	58
a) Deregulierung des Systems der Kapitalaufbrin- gung und -erhaltung .....	223	59
b) Grenzüberschreitende Verschmelzung .....	225	60
c) Zweigniederlassungsrichtlinie .....	231	66
d) Grenzüberschreitende Sitzverlegung .....	231	67
e) Verantwortlichkeit der Organmitglieder .....	235	
f) Wahl zwischen dualistischem und monistischem System .....	236	72
<b>IV. Einsatz ausländischer Gesellschaften in     Deutschland .....</b>	<b>237</b>	<b>1</b>
1. Vor- und Nachteile des Einsatzes ausländischer Gesellschaftsformen .....	239	2
a) Die Aktiengesellschaft und vergleichbare aus- ländische Gesellschaftsformen .....	241	3
aa) Zahlenmäßige Bedeutung der deutschen AG .....	241	3
bb) Spürbare Harmonisierung im Aktien- und Kapitalmarktrecht in der EU .....	241	4
b) Die GmbH und vergleichbare ausländische Gesellschaften .....	244	8
aa) Gründungsaufwand .....	244	9
(1) Gründungskosten .....	244	9
(2) Mindeststammkapital .....	246	12
bb) Laufender Aufwand .....	247	13
cc) Kapitalaufbringung, Kapitalerhaltung, Kapitalersatz .....	248	15
dd) Registerpublizität .....	249	16
(1) Eintragungspflicht der Zweignieder- lassung .....	249	16
(2) Eintragungsinhalt und Eintragungs- vorgang .....	253	20
(3) Imageförderung durch Handelsregister- eintragung .....	258	26
ee) Aufnahme von Gesellschaftern, Anteils- übertragung, Flexibilität .....	259	27
ff) Buchführung und Rechnungslegung .....	261	31
(1) EU-Auslandsgesellschaften .....	261	31
(2) Delaware Corporation .....	263	35

	Seite	Randnummer
gg) Haftungsrisiken .....	264	37
hh) Gläubigerschutz .....	265	40
ii) Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung .....	267	43
jj) Insolvenz der Gesellschaft .....	268	45
(1) Anwendbares Insolvenzrecht .....	268	46
(2) Angemessener Gläubigerschutz in der Insolvenz .....	270	49
kk) Steuerliche Behandlung .....	273	54
ll) Arbeitsrecht .....	275	57
(1) Individualarbeitsrechtliche Ebene .....	275	57
(2) Kollektivarbeitsrechtliche Ebene .....	276	59
(a) Betriebliche Interessenvertretung ...	277	60
(b) Gewerkschaftliche Interessenver- tretung .....	277	61
(c) Unternehmensmitbestimmung .....	278	63
(aa) Vermeidung der Mitbestim- mung unter Einsatz einer aus- ländischen Gesellschaft .....	278	64
(bb) Vermeidung der Mitbestim- mung ohne Einsatz einer aus- ländischen Gesellschaft .....	280	67
mm) Sonstige Faktoren .....	281	70
(1) Prestige .....	281	70
(2) Pflichtmitgliedschaften, Genehmigungen, Versicherung etc. ....	283	73
(3) Gerichtsverfahren .....	284	75
2. Besondere Einsatzformen .....	286	77
a) Konzerngestaltung .....	286	77
b) Ausländische Kapitalgesellschaft & Co. KG .....	286	78
c) Klein- und Kleinstunternehmer .....	288	80
d) Akquisitionsvehikel .....	288	81
e) Überwiegende Aktivitäten im Ausland .....	288	
f) Joint Ventures mit ausländischen Partnern .....	289	82
g) Sanierung .....	289	83
h) SE in Deutschland .....	289	84
3. Der Weg in eine ausländische Gesellschaftsform ...	290	85
a) Errichtung der ausländischen Gesellschaft .....	291	86
aa) Neugründung .....	291	86
bb) Erwerb einer Vorratsgesellschaft .....	292	87
cc) Erwerb einer operativen Gesellschaft .....	292	88
dd) Begründung eines Joint Ventures .....	293	



	Seite	Randnummer
b) Grenzüberschreitende Gesamtrechtsnachfolge- modelle . . . . .	293	89
aa) Grenzüberschreitender Formwechsel in eine ausländische Gesellschaft . . . . .	293	90
bb) Grenzüberschreitende Verschmelzung auf eine ausländische Gesellschaft . . . . .	296	94
cc) Grenzüberschreitende Anwachsung auf eine ausländische Gesellschaft . . . . .	299	98
c) Einzelrechtsnachfolge: Übertragung von Ver- mögensgegenständen . . . . .	300	100
d) Steuerliche Behandlung . . . . .	301	103
aa) Umwandlungen . . . . .	301	103
bb) Anwachsung/Kombinationsmodell . . . . .	302	105
cc) Rechtsprechung des EuGH . . . . .	303	106
<b>V. Schlussüberlegungen . . . . .</b>	<b>305</b>	
Allgemeines Literaturverzeichnis . . . . .	309	
Stichwortverzeichnis . . . . .	313	